

Wissenschaftskommunikation im Kontext rechter Orientierungen

Ein Nachwort

Lynn Berg, Jan Üblacker

Dieser Band ist eingebettet in eine gesellschafts- und wissenschaftspolitische Debatte, die sich um die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft dreht. Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski betonen, dass Wissenschaft den Raum des fachwissenschaftlichen Wissensaustauschs erweitern muss. Wissenschaft soll die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen auf die Forschungsagenda bringen und als transformative Wissenschaft selbst Motor von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen werden (vgl. Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014). Michael Burawoy erläutert zur öffentlichen Soziologie, sie sei ein »kritisches Engagement für die Zivilgesellschaft« (Burawoy, 2015, S. 23) und positioniert sie ebenso als eine öffentliche Einmischung in gesellschaftspolitische Debatten. Organisationen wie Wissenschaft im Dialog, das Science Media Center oder das Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation haben den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zur Aufgabe. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft haben in Zusammenarbeit eine jährliche Förderung für Transferprojekte etabliert und auch die Ministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek hat in ihrem Aufruf zu mehr Wissenschaftskommunikation angekündigt, dass diese in der Vergabe von Forschungsmitteln einen größeren Stellenwert haben werden (vgl. Karliczek, 2019). Die Idee einer öffentlichen Wissenschaft und auch öffentlichen Soziologie bekommt angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen um die repräsentative Demokratie mehr Relevanz. Karliczek formuliert in ihrem Aufruf, dass die herrschenden Unsicherheiten durch bewusste Falschmeldungen verstärkt werden und eine »Stimme der Wissenschaft« umso wichtiger gebraucht wird (ebd.).

Vor diesem Hintergrund soll dieser Band nicht nur Wissen für eine gesellschaftswissenschaftliche Fachöffentlichkeit zur Verfügung stellen, sondern im Sinne einer öffentlichen Wissenschaft auch zur Reflexion und Dialog über dieses Wissen in seinem gesellschaftlichen Kontext anregen. Um einen ersten Schritt in

Richtung dieses Austausches zu gehen, wurden Interviews mit Akteur_innen aus der Verwaltung und der professionellen Beratung im Umgang mit rechten Orientierungen und Handlungen geführt. Darüber hinaus interessiert uns, welche gesellschaftlichen Handlungsoptionen und Wissenschaftskommunikationsstrategien die Autor_innen für ihre Befunde erkennen und wie sie mit den Anforderungen an ihre Rolle als Wissenschaftler_in umgehen. In einer Online-Befragung baten wir die Autor_innen, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

1. Für welche nicht-wissenschaftlichen Akteur_innen sind Ihre Forschungsbefunde besonders relevant und wie können sie an diese Gruppen kommuniziert werden?
2. Wie gehen Sie als Forscher_innen mit einer möglichen (politischen) Instrumentalisierung Ihrer Befunde durch z.B. rechte Akteur_innen um?
3. Wo kann auf Basis Ihrer Forschungsbefunde Demokratieförderung ansetzen und wie können Programme zur Demokratieförderung weiterentwickelt werden?

Die folgenden Abschnitte erläutern entlang dieser Fragen und auf Basis der gesammelten Informationen die Handlungsoptionen, die sich für die Wissenschaftskommunikation und die Demokratieförderung ableiten lassen.

Zielgruppen und Formate der Wissenschaftskommunikation

Wissenschaftliche Befunde zu den lokalen Bedingungen demokratiefeindlicher Einstellungen sowie zur Entstehung und Wirkweise raumbezogener, rechter Politiken können Grundlage und Hilfestellung für viele verschiedene Arbeitsfelder und Akteur_innen sein. Eine Gemeinsamkeit aller in diesem Band versammelten Forschungen ist der Bezug auf einen bestimmten geographischen Raum, z.B. auf eine Region, eine Stadt oder ein Wohngebiet. Die Autor_innen nutzen diesen Raumbezug, um mögliche Adressat_innen ihrer Forschung zu identifizieren. Aus den vielfältigen Nennungen lassen sich drei Gruppen bilden.

(1) Lokale Entscheidungsträger_innen in politischen Funktionen und Verwaltungen. Die Autor_innen unterscheiden in Abhängigkeit der Konzeption ihrer Forschung zwischen Landes- und kommunaler Ebene. Handelt es sich beispielsweise um eine regionale Analyse der Zustimmung zu rechten Parteien, so werden je nach identifizierten Ursachen (z.B. Strukturschwäche) entsprechende Ministerien auf Landesebene adressiert. Zu den Adressaten auf kommunaler Ebene zählen z.B. Mitarbeiter_innen und Leitungen von Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsämtern sowie Wohnungs- und Sozialämtern. Auch Politiker_innen in Stadt-, Gemeinde- und Ortsräten sowie in den Landesparlamenten werden als

Zielgruppe für die Wissenschaftskommunikation benannt. Ihnen schreiben die Autor_innen aufgrund ihrer repräsentativen Funktion und öffentlichen Präsenz eine hohe Wirkmacht auf das politische Klima und das konkrete Handeln vor Ort zu. Zudem entscheiden politische Gremien über die Verteilung von Projektmitteln zur lokalen Demokratieförderung. Bei der Bewertung der Projektanträge und der bedarfsgerechten Verteilung der Mittel können wissenschaftliche Befunde wertvolle Unterstützung leisten.

(2) Lokale Institutionen der Gemeinwesenarbeit und politischen Bildung. Zu dieser Gruppe zählen die Autor_innen z.B. Quartiersmanagements, Stadtteilbüros, Sozialarbeiter_innen, Sozialpädagog_innen und Angebote zur politischen Bildung. Insbesondere den pädagogischen Fachkräften vor Ort wird die Fähigkeit einer niedrigschwelligen und zielgruppengerechten Ansprache zugeschrieben. Hervorgehoben wird dabei vor allem die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Kleinteiligkeit dazu in der Lage ist, die jeweils spezifischen sozialräumlichen Bedingungen zu berücksichtigen. Aus Sicht der Autor_innen sind diese Akteur_innen besonders gut für den Wissens- und Erfahrungstransfer geeignet, da sie in der Regel schon lange im Gebiet aktiv sind und über Netzwerke vor Ort verfügen, durch die die eigentliche Zielgruppe, z.B. Kinder und Jugendliche in besonderen Problemlagen, sehr gut erreicht werden kann. Einige Autor_innen betonen zudem die Notwendigkeit partizipativer Formate zur Stärkung der lokalen Bürger_innenbeteiligung.

(3) Die Wohnbevölkerung im Gebiet. Vor allem bei Forschungen, die einen kleinräumigen Bezug aufweisen, in dem sie z.B. eine oder mehrere Nachbarschaften untersuchen, betonen die Autor_innen die Relevanz ihrer Ergebnisse für die Bevölkerung vor Ort.

Wie kann dieses Wissen nun an die Gruppen kommuniziert werden? Die Autor_innen benennen für sich selbst zunächst das Ziel, eine Öffentlichkeit für ihre Forschungsergebnisse herzustellen und mögliche Handlungsbedarfe zu benennen. Aus dieser recht allgemeinen Absicht ergeben sich eine Reihe von weiteren Fragen, die jeweils themen- und gebietsspezifisch zu beantworten sind:

- Wie können wissenschaftliche Befunde in die Arbeit vor Ort einfließen und dort auch nachhaltig wirken?
- Wann wird solches Wissen gebraucht?
- Welche wissenschaftlichen Befunde benötigen die verschiedenen Akteur_innen?
- Wie kann Akteur_innen die Expertise bei Bedarf zugänglich gemacht werden?
- Welche Akteur_innen erhalten dabei welche Rolle im Prozess des Wissenstransfers?

Aus den Gesprächen mit den Beratern Heiko Klare und Kurt Fallner in diesem Band lassen sich erste Hinweise ableiten. Demnach können in Kommunen konkrete Anlässe, wie beispielsweise die rechtsextremen Mobilisierungen in Kandel, dazu führen, dass Lokalpolitiker_innen oder Stadtverwaltung auf Wissenschaftler_innen zukommen und um Unterstützung bitten. Ebenso wird für Präventivmaßnahmen wie kommunale Handlungskonzepte zum Umgang mit demokratiefeindlichen Entwicklungen selektiv auf bereits vorhandene Forschungsarbeiten zurückgegriffen.

Die erfolgreiche Kommunikation wissenschaftlicher Befunde an Akteur_innen außerhalb des Wissenschaftssystems erfordert eine adressatengerechte Aufbereitung der Informationen. Es liegt auf der Hand, dass Stadtverwaltungen anders angesprochen werden müssen als z.B. Nachbarschaftsvereine, Dorfräte oder der Lokaljournalismus. Für die kommunizierenden Forscher_innen besteht die Herausforderung darin, die jeweiligen Handlungslogiken, Sachzwänge und Interessen der Akteur_innen bei der inhaltlichen und formalen Ausgestaltung seiner_ihrer »Nachricht« zu berücksichtigen. Für eine gelungene Wissenschaftskommunikation reicht es selbstverständlich nicht aus wissenschaftliche Artikel frei oder für spezifische Akteur_innen zugänglich zu machen.

Von den Autor_innen werden verschiedene Möglichkeiten genannt um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und Befunde zu vermitteln. Darunter sind z.B. schriftliche Formate wie Handreichungen, Blogbeiträge, Artikel in regionalen und überregionalen Zeitungen oder die Verbreitung von Inhalten über fachspezifische Verteiler. Ebenso werden Formate genannt die einen öffentlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft ermöglichen. Hierzu zählen öffentliche Veranstaltungen, Vorträge, Podiumsgespräche und Interviews in lokalen oder überregionalen Radiosendern. Einige Forschungsprojekte arbeiten zudem von Beginn an mit Praxispartner_innen zusammen, die im Transferprozess eine wichtige Rolle spielen, da sie die Übersetzung erleichtern.

Die in den Interviews der Berater geschilderten Fälle verdeutlichen jedoch auch, dass es Grenzen wissenschaftlicher Kommunikationsstrategien gibt. Die Akteur_innen aus der Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sind hinsichtlich ihrer Handlungsspielräume und Arbeitsweisen so heterogen, dass z.T. sehr verschiedene Formate notwendig sind, um das Wissen adressat_innengerecht aufzubereiten. Vermeintlich vergleichbare Akteur_innen können sich aufgrund unterschiedlicher räumlicher Bedingungen stark voneinander unterscheiden, sodass die Ansprache angepasst werden muss. Die Berater_innen fungieren in diesen Situationen als Übersetzer_innen wissenschaftlicher Befunde. Sie vermitteln die theoretischen und methodischen Entstehungsbedingungen und Grenzen der Aussagekraft an nicht-wissenschaftliche Akteure und ordnen sie in die lokalen Kontexte ein.

Gleichwohl bedeutet eine wirksame Wissenschaftskommunikation für die Forscher_innen, dass sie sich intensiver mit den Adressat_innen auseinander setzen müssen. Eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur_innen bietet auch Chancen für eine anwendungsbezogene Forschung. Wie die Gespräche mit den Beratern zeigen, würden sich z.B. Sozialraumanalysen, kleinräumige Einstellungsforschungen oder evaluative Analysen von lokalen Konfliktverläufen und ihrer Bearbeitung als äußerst hilfreich bei der Erarbeitung von Handlungskonzepten erweisen. Beide betonen, dass eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis immer einen wechselseitigen Austausch von Wissen einschließen muss. So können gesellschaftlich drängende Fragen und Herausforderungen an die Forschung und ein bestehender Wissensbedarf vermittelt werden.

Für eine Wissenskommunikation braucht es mehr Netzwerke, Diskussionsräume und kooperative Projekte um die professionelle Arbeit von Vermittlungsinstanzen zu unterstützen. Um die Ressourcen von Wissenschaftler_innen, Politiker_innen, und Personen aus Verwaltung, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Institutionen nicht durch diese zusätzlichen Anforderungen zu überlasten, wären auch neue Infrastrukturen zur Förderung des lokalen Austauschs von Informationen und Wissen denkbar. Derartige Infrastrukturen können Informationen auf lokaler Ebene sammeln (z.B. Forschungsdaten zu Einstellungen, Wahlergebnisse oder auch Erfahrungswissen aus der Praxis) und diese lokalen Akteur_innen zugänglich machen.

Zum Umgang mit Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit

Forschungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen können unter Umständen Teil von öffentlichen und politischen Debatten werden. Beispielhaft zu nennen sind die Forschungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, die regelmäßig öffentliche und politische Debatten auslösen (exemplarisch dazu Gabriel 2019, Reisin 2019 und Schnabel 2019). Mitunter geraten auch die Wissenschaftler_innen selbst in die öffentliche Kritik. Die Autor_innen begrüßen es, wenn wissenschaftliche Befunde öffentlich und politisch diskutiert werden und damit eine Möglichkeit zum Austausch entsteht. Eine größer werdende Herausforderung besteht für die Wissenschaftler_innen im Umgang mit möglichen Angriffen, Umdeutung und Verfälschung ihrer Forschung.

Ein transparentes methodisches Vorgehen, Offenlegung von Begriffsdefinitionen und Kategorien sowie ausreichende Reflexion sind für sozialwissenschaftliche Forschung wichtige Aspekte um eine fehlerhafte Verallgemeinerung durch rechte Akteur_innen vorzubeugen. Die Autor_innen betonen, dass es bei »politischen« Themen eine besondere Sorgfalt bedarf, wenngleich ein genereller Schutz

nicht möglich erscheint. Aus den Antworten lassen sich zwei Handlungsstrategien im Umgang mit bewussten Umdeutungen, falscher Wiedergabe, Verallgemeinerung und Angriffen im öffentlichen Diskurs ableiten. (1) Forscher_innen können selbst Verantwortung übernehmen und Fehlinterpretationen direkt widersprechen. Vor allem die sozialen Medien sind für rechte Akteur_innen ein wichtiges Mittel zur Verbreitung von Falschinformationen, können jedoch auch als Ort für Widerspruch und Dekonstruktion genutzt werden. Der öffentliche Widerspruch birgt jedoch auch die Gefahr rechten Akteur_innen mehr Aufmerksamkeit für ihre Position und Wissenschaftsfeindlichkeit zu verschaffen. Als zweite Strategie nennen die Autor_innen daher die Herstellung einer eigenen Öffentlichkeit zur Begleitung der Forschungsergebnisse. Hierzu kann auf die bereits oben erwähnten Formate der Wissenschaftskommunikation zurückgegriffen werden, die es erlauben Forschungsergebnisse gezielt in gesellschaftlichen Debatten zu platzieren und Handlungsräume zu benennen. Wichtig erscheint den Autor_innen selbst den Kontext zu setzen und sachbezogene Debatten führen zu können.

Forscher_innen, die zu demokratiefeindlichen Orientierungen und Handlungen arbeiten, müssen unter Umständen damit umgehen, dass ihre Befunde auch rechte Akteur_innen bei ihren Vorhaben unterstützen können. Die Autor_innen betonen, dass ein möglicher »Nutzen« für rechte Akteur_innen nicht zu einer (Selbst-)Zensur von Forschung führen darf.

Abschließend bleiben offene Fragen und Herausforderungen zur Rolle von Wissenschaft in einer Gesellschaft, in der rechte Akteur_innen zunehmend mehr Macht beanspruchen. Was kann Wissenschaft in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche leisten? Welche Antworten können Wissenschaftler_innen auf aktuelle gesellschaftliche Krisen finden? Welche Rolle nehmen Wissenschaftler_innen innerhalb der Debatte ein? Welche Ressourcen braucht es in der Zukunft, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Welche Strukturen und Netzwerke können geschaffen werden, um Wissenschaftler_innen bei Angriffen zu unterstützen? Welche Räume müssen geschaffen werden, um einen Austausch über diese Herausforderungen zu ermöglichen?

Wissenschaftliche Beiträge zu einer raumsensiblen Demokratieförderung

Die Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen und rechtsextremen Orientierungen und ihren räumlichen Kontexten können genutzt werden, um demokratische Gesellschaften zu stärken und konkrete Handlungsräume für Politik und Zivilgesellschaft vor Ort zu benennen. Welche demokratiefördernden Strukturen und Maßnahmen können also auf Basis der Forschungsergebnisse entwickelt werden,

um rechtsextremen und demokratiefeindlichen Entwicklungen entgegen zu wirken? Aus den Antworten der Autor_innen ergeben sich drei Handlungsfelder.

(1) Räumliche Kontexte adressieren und Veränderung aushandeln. Die Bedingungen vor Ort können einen Nährboden für rechte Mobilisierung bilden, der durch demokratisches Handeln vermindert werden kann. Ein Beispiel ist der Bau von Unterkünften für Geflüchtete. Ein fehlender Einbezug der Bürger_innen des betroffenen Wohngebiets und fehlende Begegnungsorte für alte und neue Bewohner_innen können zu Gefühlen von Benachteiligung und ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten unter der ansässigen Bevölkerung führen. Wenn es der Politik jedoch gelingt lokale Mitbestimmung zu organisieren und Begegnungsräume zu schaffen, können bestehende Bedenken der ansässigen Bevölkerung abgebaut werden. Die Bürger_innen an den Prozessen vor Ort zu beteiligten, die Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen haben, sehen einige Autor_innen als eine wichtige Strategie der Demokratieförderung. Hier wurden Angebote von den Autor_innen angeführt, die mehr Mitbestimmung der Bürger_innen ermöglicht, lokalen Expertisen mehr Sichtbarkeit gibt und lokaler Öffentlichkeit herstellt. Darüber hinaus werden Orte des politischen Austausch und der Konfliktbewältigung als notwendig benannt. Lokale Politik solle nicht die Gesellschaft vor Ort bestimmen, sondern sich im Austausch mit ihr entwickeln.

(2) Lokale Netzwerke und Akteur_innen für mehr Demokratie fördern. Weitere Handlungsräume sehen die Autor_innen bei den Ressourcen und Strukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen. Jene Forschungsarbeiten, die sich mit ländlichen Räumen befassen, fordern mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Förderung demokratisch positionierter, zivilgesellschaftlicher Initiativen. Das gilt sowohl für bereits vorhandene als auch für neu zu etablierende Initiativen in den Bereichen politische Bildungs- und Präventionsarbeit, Freizeitangebote, Beratungen und politische Mitbestimmung. Die benötigten Fördermittel können von Ländern, Bund oder EU zur Verfügung gestellt werden. Einige Autor_innen betonen, dass häufig eine langfristige Förderung notwendig ist, damit sich Netzwerke im Ort etablieren und weiterentwickelt können. Eine projektbezogene Förderstruktur kann dies nicht leisten, da die Initiativen so nicht langfristig planen können und mit einem hohen bürokratischen Aufwand zur Beantragung konfrontiert sind.

(3) Befähigung zur aktiven Teilnahme am raumbezogenen Diskurs. Digitale und analoge Diskursräume müssen für demokratisches und gemeinwohlorientiertes Handeln genutzt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet werden, die es ihnen ermöglicht demokratiefeindlichen Positionen im raumbezogenen Diskurs zu widersprechen. Neben der finanziellen Förderung wird von einigen Autor_innen Fact-Checking und gezielte Richtigstellung von Falschmeldungen durch die Städte und Kommunen selbst als mögliche Maßnahmen genannt. In den Gesprächen mit den

Beratern wurde auch deutlich, dass ein schnelles und öffentliches Handeln der lokalen Politiker_innen gerade bei gezielten Falschmeldungen, die rechtspopulistische und menschenfeindliche Narrative verbreiten, besonders wirksam für den lokalen Diskurs sind. Die Autor_innen und Berater sehen Weiterbildungen für Städte und Gemeinden zum Umgang mit Hate Speech und Fake News insbesondere für kleine Städte und den ländliche Räume als dringend erforderlich. Einige Autor_innen betonen, dass gerade außerhalb der Großstädte ein großes Potential in dem Ausbau digitaler Demokratieförderung liegt.

Zusammenfassend lassen sich eine Reihe von Anregungen festhalten, die sowohl von den Autor_innen als auch den Interviewpartner_innen benannt wurden. Wissenschaft sollte möglichst transparent und kommunikativ sein. Wissenschaftliche Befunde müssen zusammengeführt, übersetzt und adressatengerecht für Gesellschaft und Politik aufbereitet werden. Das geschieht idealerweise von Fachkräften, die Vermittlungsarbeit leisten und einen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik vorantreiben. Um nachhaltig wirken zu können, müssen Ressourcen und langfristige Strukturen geschaffen werden, die einen stetigen Austausch und Debatten ermöglichen.

Literatur

- Burawoy, M. (2015). Soziologie – Going Public, Going Global. In B. Aulenbacher; K. Dörre (Hg.), *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit* (S. 23-216). Basel: Beltz.
- Gabriel, S. (2019). Von wegen »verlorene Mitte«. Eine Studie und ihre bewusste Fehlinterpretation. Tagesspiegel vom 27.04.2019. Zugriff am 10.03.2020 von <https://www.tagesspiegel.de/politik/von-wegen-verlorene-mitte-eine-studie-und-ihre-bewusste-fehlinterpretation/24263736.html>
- Karliczek, A. (2019). Wissenschaftler, redet mit uns. Zeit-online vom 13.11.2019. Zugriff am 15.3.2020 von <https://www.zeit.de/2019/47/wissenschaft-kommunikation-wissenschaftler-dialog-forschung-demokratie>
- Reisin, A. (2019). Debatte über Mitte-Studie. Wie rechts ist die Mitte? Tageschau vom 02.05.2019. Zugriff am 19.03.2020 von <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/mitte-studien-105.html>
- Schnabel, U. (2019). »Damit haben wir nicht gerechnet« – Interview mit Andreas Zick. Zeit-online vom 01.05.2019. Zugriff am 19.03.2020 von <https://www.zeit.de/2019/19/andreas-zick-rechtspopulismus-studie-politische-einstellung-rechtsextremismus>
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowsko, M. (2014). *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Weimar: Metropolis.